

Krafer Zeitung.

Nr. 197.

Donnerstag den 30. August

1866.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafer 3 fl., mit Verfrachtung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang. Gebühr für Insertionen im Anzeigeblatte für die vierstellige Zeitzeile 5 Mr., im Anzeigeblatte für die erste Einrückung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Badweiser. — Zusendungen werden franco erbeten. Annoncen übernehmen die Herren: Haafenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Amthlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 19. August d. J. dem Finanzwach-Überschafer Joseph Probst in Anerkennung seiner vielfährigen eifrigen und ersprißlichen Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz allergnädigt zu verleihen gerüht.

Veränderungen in der k. k. Arme.

Ernennungen:
Zu Generalmajor der Oberste:
Peter Bigga, des Deutschbater Gränz-Infanterie-Regiments Nr. 12;
Georg Freiherr v. Walbütten, des Infanterie-Regiments Michael Großfisch von Rusland Nr. 26;
Georg Ferdinand, des Infanterie-Regiments Freiherr von Kellner Nr. 41;
Gudav Graf Messey de Bielle, des Uflanen-Regiments Graf Grüne Nr. 1, mit Befehlzung in seiner Anstellung als Kammerwirthscher Sr. k. k. Hoheit des Herrn Feldmarschalllieutenants Erzherzog Rainer;
August Graf Vellegarde, des Dragoner-Regiments Fürst zu Windisch-Grach Nr. 2, unter gleichzeitiger Ernennung zum General-Adjutanten Sr. Majestät des Kaisers; und
Peter Peradović, des Generalstabes;
zum Major:
der Rittmeister erster Classe Johann Pasch, des galizischen Freiwilligen-Krafer-Regiments.
Vertreibungen:
Dem Hauptmann erster Classe, des Aufstandes, Konrad von Blaffsch und dem Rittmeister in der Arme Franz Fürst von Teck der Majorscharakter ad honores.
Pensionirung:
Der Feldmarschalllieutenant Johann Freiherr Bernier de Rougemont & Orchamp, auf seine Bitte.

Das Finanzministerium hat die Finanzsectäre bei der k. k. Finanzlandesdirection in Ungarn Carl Hermann und Marcell Marinovich zu Finanzräthen und Finanzbezirksdirectoren und zwar ersteren für Ungarn, letzteren für Rußland ernannt.
Das Finanzministerium hat den Adjuncten der Wiener Finanzbezirksdirection Anton Kurfisch zum Finanzrath und Finanzbezirksdirector in St. Pölten ernannt.
Die ungarische Hofkanzlei hat den Supplenten am kaiserlichen Gymnasium zu Baja Carl Sinio zum wirklichen Gymnasiallehrer an derselben Veranlaßt ernannt.
Die königl. ungarische Hofkanzlei hat den Rathsecretär der kgl. Gerichtstafel Carl Bajkay zum Rathsecretär bei der kgl. Septemviratsstafel ernannt.
Die königl. ungarische Hofkanzlei hat den Expeditor des kgl. Wechselsgerichtes erster Instanz in Csepres Joseph Uharik zum Proccollisten und den disponiblen Comitätssecretär Ludwig Benkerich zum Expeditor bei dem gedachten Wechselsgericht ernannt.
Am 28. August 1866 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das XL. Stück des Reichsgefehlblattes ausgegeben und versendet.
Dasselbe enthält unter
Nr. 100 die Verordnung des Staatsministeriums vom 22. August 1866, womit im Nachhange zu der Ministerialverordnung vom 20. August 1857, Nr. 159 des Reichsgefehlblattes, eine weitere Erläuterung des § 4 des Waffenpatentes von 24. December 1852, Nr. 223 des Reichsgefehlblattes, erlassen wird; — wiewohl für Böhmen, Dalmatien, Galizien mit Krafer, Desterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, die Bukowina, Mähren, Schlesien und das Küstenland; Nr. 101 das Geleß vom 25. August 1866 betreffend die weitere Beschaffung der Geldmittel für die durch die Kriegereignisse und ihre Nachwirkungen hervorgerufenen außerordentlichen Gesfordernisse und die Normirung und Abgränzung der in Werthzeichen bestehenden schwebenden Staatsschuld; — gültig für das ganze Reich.

Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 30. August.

Das gestern mitgetheilte Geleß vom 25. August 1866, betr. die weitere Beschaffung der Geldmittel für die durch die Kriegereignisse und ihre Nachwirkungen hervorgerufenen außerordentlichen Gesfordernisse und die Normirung und Abgränzung der in Werthzeichen bestehenden schwebenden Staatsschuld begleitet die „W. Z.“ mit folgendem Commentar:
Das gestern veröffentlichte Finanzgeleß verfolgt einen doppelten Zweck. Es werden durch dasselbe die Geldmittel für die außerordentlichen Gesfordernisse, welche der Krieg und seine Nachwirkungen hervorriefen, beschafft und es wird zugleich der durch die letzten traurigen Ereignisse entstandenen, in Werthzeichen bestehenden schwebenden Staatsschuld eine feste Norm und Abgränzung gegeben.
In erster Beziehung ist das neue Geleß nur die Durchführung des Geleßes vom 7. Juli, mit welchem dem Finanzminister zur Fortführung des durch die feindliche Invasion gestörten Staatshaushaltes ein Credit von 200 Millionen Gulden eröffnet worden ist, auf dessen Rechnung sofort in Form eines von der österreichischen Nationalbank erhobenen binnen Jahresfrist nach geschlossnem Frieden zurückzahlenden Vorschusses ein Betrag von 60 Mill. Gulden realitirt wurde.
Es handelt sich demnach jetzt um Benützung des Rest-Credits von 140 Mill. Gulden. Das neue Geleß bestimmt diesfalls im Art. 1, daß eine Summe von 50 Mill. Gulden durch Begebung von 5 perc. Staatsschulverschreibungen aufgebracht werden soll, während nach Art. 2 für die letzten 90 Mill. Gulden Staatsnoten herauszu-

geben sind. Sollten in der im Geleße vom 7. Juli d. J. festgestellten Frist die von der Nationalbank vorschussweise behobenen 60 Mill. Gulden nicht oder nur theilweise aus den laufenden Einnahmen oder aus sonstigen Zuflüssen zurückgezahlt werden, so wird der Finanzverwaltung das Recht eingeräumt, das Aequivalent derselben ebenfalls durch die Emission von Staatsnoten zu beschaffen. Auf diese Weise würde im Maximum durch das neue Geleß eine Staatsnoten-Circulation von 150 Mill. Gulden hervorgerufen, wobei aber nicht zu übersehen ist, daß die eben erwähnten 60 Mill. Gulden bereits im Umlauf sich befinden, also nur eine Aenderung in der Form und Benennung existirender Geldzeichen stattfinden würde, und die effective Vermehrung der Noten sich auf 90 Mill. Gulden beschränkt.
Außerdem circuliren aber noch 150 Millionen Gulden in Noten zu 1 und 5 fl., welche das Geleß vom 5. Mai 1866 als Staatsnoten erklärt hat. Da dieselben die Firma der Nationalbank tragen, welche durch das Geleß von ihrer Verbindlichkeit zur Einlösung dieser Werthzeichen entbunden worden ist, liegt es in der Natur der Sache, daß die gesetzliche Novation auch in der äußeren Form der Noten ihren Ausdruck erhalte. Der Artikel III des Geleßes verordnet deshalb die allmähliche Einziehung der in Banknotenform circulirenden Noten zu 1 und 5 fl. und ihre Ersetzung durch förmliche Staatsnoten, deren Circulations-Menge nach Durchführung dieser Bestimmung auf 300 Millionen Gulden steigen wird.

Sämmtlichen Staatsnoten ist mit dem Art. V der Zwangscurs, wie derselbe für Banknoten gilt, beigelegt worden. Jedermann ohne Ausnahme ist verpflichtet, Staatsnoten an Zahlungsort im Nennwerthe anzunehmen, und auch bei Umwechslung von Banknoten höherer Appoints werden Staatsnoten die Stelle der Banknoten kleinerer Appoints vollgültig vertreten. Selbstverständlich werden auch bei allen landesfürstlichen Einnahms-Cassen Staatsnoten bei allen Steuerentrichtungen, mit Ausnahme der Entrichtung der Zollgebühren, an Zahlungsort angenommen. Die Aufrechthaltung dieses Zwangscurses ist eine unabdingbare Nothwendigkeit, wenn in dem österreichischen Geldcirculations-Mittel, wie dasselbe die Umstände eben geschaffen haben, nicht eine Verwirrung entstehen soll.

Im Art. VI stellt das Geleß eine gewisse Wechselbeziehung zwischen den Staatsnoten und den Partial-Hypothekar-Anweisungen her, welche zu dem Mißverständnisse Anlaß gegeben hat, als ob die Partial-Hypothekar-Anweisungen gänzlich eingezogen werden sollten. Dies liegt durchaus nicht in der Absicht der Regierung. Die Partial-Hypothekar-Anweisungen werden nach wie vor innerhalb ihrer gesetzlichen Umlaufgränze hinausgegeben werden, und ihre Umlaufgränze wird nur von der Nachfrage des Publicums abhängen; die vorliegende neue Bestimmung hat nur zum Zweck, Vorsorge für den Fall zu treffen, was immer für einer Ursache diese Nachfrage nachläßt und zur Zurückbehaltung der verfallenen Hypothekar-Anweisungen beträchtliche aus den laufenden Einnahmsquellen nicht zu bedeckende Barsummen nothwendig werden.

Der Art. VII des Geleßes präcificirt den Begriff des Umlaufmaximums, welcher bisher verschieden interpretirt worden ist, je nachdem man die einfachen Notenreserven, welche zum Umtausch unbrauchbar gewordener Stücke dienen, als im Umlauf befindlich angesehen hat oder nicht, und der Art. VIII zieht die Gränze der in Werthzeichen bestehenden schwebenden Staatsschuld dergestalt, daß über dieselbe hinaus, unter Voraussetzung eines gesicherten Friedenszustandes, eine weitere Vermehrung der Werthzeichen auf Grund des Patentes vom 20. September 1865 nicht erfolgen soll.

Diese Einjchränkung liefert den klaren Beweis, daß die kaiserliche Regierung die Emission der Papiere als eine nur durch die dringendste Staatsnothwendigkeit zu rechtfertigende und auf ganz außerordentliche Zustände anzuwendende Maßregel, keineswegs aber als ein bequemes Expediens des regelmäßigen Finanzdienstes ansieht, und der Ueberfluthung mit Werthzeichen einen festen Damm zu ziehen für ihre Pflicht hält.

Daß in den gegenwärtigen traurigen Zeiten, bei ganz exceptionellen Zuständen außerordentliche Mittel ergriffen werden müssen, bedarf keiner Auseinandersetzung. Jedermann kennt die colossalen Anforderungen, welche gegenwärtig an den Staatshatz gestellt werden, und die Unzulänglichkeit seiner durch die Verheerung des Krieges geschwächten Einnahmsquellen. Die schnellste pecuniäre Hilfeleistung, welche ganze Länder fordern, ist nicht nur Pflicht der Humanität und ein Gebot des Rechtes, und der Billigkeit, sondern hierfür spricht auch das wohlverstandene finanzielle Interesse des Staates, welches die gesunde Steuerkraft sobald als möglich zu heben erheischt.

Wenn aber die kaiserliche Regierung durch das vorliegende Geleß die Mittel schafft, die Kosten der Verpflegung der fremden Occupations-Arme, sowie die Auslagen für die noch auf dem Kriegsfuße stehenden k. k. Truppen bis zur Durchführung der bevorstehenden Armeereduction zu bestreiten, den Nothstand einzelner Länder durch Vorschüsse und Darlehen zu lindern, die empfindlich-

sten Kriegsschäden zu ersetzen, die Zahlung der Zinsen der Staatsschuld auf Monate hinaus sicherzustellen und überhaupt den laufenden Dienst ohne Störung fortzuführen, so ist sie sich vollkommen bewußt, daß sie nur für die Bedürfnisse einer Uebergangs-Periode vorgesorgt hat, daß ihr aber noch die große und schwierige Aufgabe der Aufstellung eines festen finanziellen und zugleich volkswirtschaftlichen Programmes, die Herstellung des bleibenden Gleichgewichtes zwischen Staatseinnahmen und Staatsausgaben zu lösen übrig bleibt.

Für dieses Programm werden gegenwärtig die umfassendsten Erhebungen und Studien gemacht, welchen die tiefgreifenden Veränderungen zu Grunde gelegt werden müssen, die der Ausgang des Krieges im Territorial-Besitze und in den Einnahmsquellen herbeigeführt hat; die Ergebnisse werden in den Vorlagen zum nächsten Finanzgeleße ihren Ausdruck finden.

Die „Desterreichische Zeitung“ schreibt: Durch das Geleß vom 7. Juli d. J. wurde der Finanzminister ermächtigt, einen Credit im Betrage von 200 Millionen Gulden zu bewilligen. Nachdem die Nationalbank der Regierung einen solchen bis zur Höhe von 60 Millionen Gulden bewilligt hatte, war noch ein Restbetrag von 140 Millionen Gulden unverwendet. Die Finanzverwaltung wird nun hievon 90 Millionen Gulden in Staatsnoten zu 1 und 5 fl. hinausgeben und um den weiteren Betrag von 50 Millionen Gulden einbringlich zu machen, 5 perc. Metalliques-Obligationen in Desterreichischer Währung mit Coupons, die im Mai und November fällig werden, emittiren. Dieses neue Anlehen dürfte einem Contertorium zur Realisirung übergeben werden. Gelingt es, dasselbe zu dem jetzt bestehenden Curse von Staatspapieren gleicher Kategorie zu verwerthen, so wird die neue Emission dieser Metalliques den Nominalbetrag von circa 90 Millionen erreichen. Da die Nationalbank für Rechnung der Regierung bereits 210 Millionen Gulden Noten im Umlauf hat, welche jetzt gegen Staatsnoten umgewechselt werden sollen, so wird der Gesamtbelauf der zu emittirenden Staatsnoten 300 Millionen Gulden betragen. Die Finanzverwaltung wird zwar ermächtigt, in einem gegebenen Falle, aber nur in diesem, diese Gränze zu überschreiten, falls nämlich die verzinsliche schwebende Schuld, welche im Publicum unter dem Namen „Salinenscheine“ bekannt ist, sich unter die gesetzlich festgestellte Gränze von 100 Millionen herabmindern sollte. Das neue Finanzgeleß bestimmt nämlich, daß die Salinenscheine und die Staatsnoten im Ganzen die Summe von 400 Millionen Gulden erreichen dürfen. Würden demnach beispielsweise die Salinenscheine sich auf den Betrag von 50 Millionen Gulden reduciren, so dürfte der Betrag der umlaufenden Staatsnoten sich auf 350 Millionen erhöhen. Voraussetzlich wird jedoch dieser Fall nicht eintreten. Gerade weil durch das neue Geleß für die prompte Einlösung jener verzinslichen schwebenden Schuld die vollste Fürsorge getroffen ist, wird sich das Capital mit Vorliebe dieser Anlage zuwenden. Man kann mit ziemlicher Bestimmtheit von jetzt an annehmen, daß der Betrag der auszugebenden Salinenscheine 100 Millionen erreichen und daher die unverzinslichen Staatsnoten den Betrag von 300 Millionen Gulden nicht überschreiten werden. Die Regierung macht auch kein Hehl aus ihrer Ueberzeugung, daß die schwebende Staatsschuld hiedurch eine Höhe erreicht hat, die ohne ernste Gefährdung nicht überschritten werden darf.

Für den Fall der Erlangung des Friedens, dessen Zustandekommen jetzt als gesichert gelten kann, ist auch die Zusage gegeben worden, daß, abgesehen von den Münzschneidern, der Gesamtbetrag der verzinslichen und unverzinslichen schwebenden Schuld die Höhe von 400 Millionen nicht übersteigen soll. Diese von der Regierung ergriffenen Maßnahmen sind das Ergebnis einer belagenswerthen Nothwendigkeit. Sie können nur für das Beste gelten, das unter gegebenen Verhältnissen anzuordnen war. Niemand wird eine Emission von Staatsnoten mit Zwangscurs gutheißen wollen, wenn eine freie Wahl zwischen anderen besseren Auskunftsmittein offen gestanden wäre. Als ein Nothmittel findet dieselbe ihre Rechtfertigung allein in der Zwangslage, welche ein Doppelkrieg geschaffen hat. Wie sehr die Regierung von den Gefahren und Unzukömmlichkeiten überzeugt ist, welche im Gesolge einer solchen Staatsnoten-Emission einherstreifen, beweist, daß sie einen Theil ihres Bedarfs durch ein immerhin kostspieliges Anlehen zu decken bestrebt ist, und daß sie vermeiden hat, die verzinslichen Salinenscheine ohne Zwangscurs in Staatsnoten mit Zwangscurs zu wandeln. Sie hat sich lieber entschlossen, eine jährliche Mehrausgabe von etwa 10 Millionen Gulden zu bestreiten, als den ohnehin großen Betrag der Staatsnoten um weitere 150 Millionen Gulden zu vermehren. Wenn in den Staaten, welche bisher nur eine Metall-Währung oder vollgiltige Surrog-

ate derselben gekannt haben, die plötzliche Einführung von Geldzeichen mit Zwangscurs als ein Uebel angesehen werden müßte, welches fast ohne Milderung hereinbreche, so gilt dieses nicht von Desterreich. Seit achtzehn Jahren entbehrt dieses Land eines circulirenden Mediums, das ohne gesetzlichen Zwang seinen Nominalwerth behaupten könnte. Mitbin wird nicht ein neuer Zustand geschaffen, sondern, ein alter, längst eingebürgerter gewinnt eine Aussicht auf weitere Dauer. Die Bestrebungen der letzten Jahre, die Landeswährung zu verbessern, waren nicht ohne bedenkliche Raschheit ins Leben geführt worden. Der Uebergang zu einem normalen Geldzustande wäre vielleicht ohne Zufügungen und lästige Beengungen des wirtschaftlichen Lebens der Nation vor sich gegangen, falls reichliche Ernten die Kraft des Reiches gehoben, falls eine unumwölkete politische Lage fremde Capitalien ins Land gezogen und eine blühende Entwicklung der industriellen Thätigkeit zugelassen hätte. Aber die anhaltende Ungunst der Periode, welche zur Wiederherstellung der Valuta bestimmt war, ließ das Volk auf das schwerste die Verminderung der Circulationsmittel und die Erhöhung ihres Werthes empfinden. Die Producte der Landwirthschaft mußten unter deren Erzeugungskosten veräußert werden; die Industrie wurde durch die Concurrenz des Auslandes bedrängt und fleißige Hände zur Unthätigkeit verurtheilt; der Zinsfuß erreichte eine Höhe, welche den Credit für einzelne Classen übermäßig vertheuerte, für andere ganz unerreichbar machte; die Actien der großen Industrie-Gesellschaften, namentlich der Bahnen, wurden so tief gedrückt, daß diese Lust zu neuen Unternehmungen erstarb, und die allgemeine Schwäche, welche sich der wichtigsten Classen im Staate bemächtigte, ließ die Steuern schlecht einfließen. Eine allgemeine Kraftlosigkeit, wie sie im Gesolge heroischer Mittel sich zu entwickeln pflegt, trat an der Oberfläche des Staates hervor. Es gewährt einigen Trost, daß neben dem unlegbaren Bedenklichen, welches die leider! so groß gewordene Staatsnoten-Emission im Gesolge hat, auch unlegbar Gutes sich aus derselben entwickeln wird. Die nationale Arbeit, welche Reichthum schafft, wird einen ausgiebigen Stimulus empfangen; neue große Unternehmungen werden im Angriff genommen werden, mancher nothleidende Industriezweig wird einen indirecten Schutz erhalten, die Agricultur wird durch lohnende Preise für ihre Producte sich freudiger entwickeln und der Hypothekar-Credit wie der allgemeine Credit eine entschiedene Besserung erfahren. Die Hoffnung bleibt, daß, wenn der nationale Wohlstand durch die größere Masse der Geldzeichen sich steigert, dieser im Laufe einiger Zeit selbst die Mittel zu einer allmähigen Rückkehr zu normalen Zuständen bieten wird. Während der größere Theil der neugeschaffenen Geldmittel zur Bestreitung der Kosten des vorübergezogenen Krieges in Anspruch genommen wird, erübrigt noch eine Summe, welche zur partiellen Gutmachung der Schäden, die der Krieg einigen unserer wichtigsten Länder zugefügt hat, verwendet werden soll. Fürsorge ist getroffen für alle Bedürfnisse des laufenden Jahres, inclusive der Zahlung der im Jänner fällig werdenden Coupons der Staatsschuld. Das Jahr 1867 dürfte allerdings nicht ohne ein Deficit im Staatshaushalte beginnen, und hier ist es allerdings vonnöthen, ein neues Finanzprogramm aufzustellen und eine Bedeckung für die Staatsbedürfnisse zu suchen, ohne eine neue Serie von Geldzeichen zu creiren. Bis zu dieser Zeit aber dürften die Vertretungen der verschiedenen Länder in voller Thätigkeit sein, und hoffentlich wird es dem gemeinsamen Wirken derselben, vereint mit Bestrebungen der Regierung gelingen, die allerdings noch erheblichen Schwierigkeiten zu besiegen, welche sich einer völlig geordneten Staatswirthschaft entgegenstellen.

Der Friedensvertrag zwischen Baiern und Preußen enthält 18 Paragraphen. § 1 enthält die Formel, daß beide hohen Contrahenten Frieden und Freundschaft auf ewige Zeiten schließen. § 2. Baiern zahlt 30 Millionen, und zwar 10 Millionen gleich, 10 Millionen in drei Monaten, 10 Millionen — in sechs Monaten; letztere werden mit 5 Percent verzinst. § 3. Der König leiht Garantie durch Staatspapiere als Pfand. § 4. Nach Austausch der Ratificationen wird das zweite Reserve-Corps sofort Baiern, nach Zahlung der ersten 10 Millionen — die ganze preussische Arme das Land räumen. Die übrigen Paragraphen besprechen bis zur Regulirung durch Commissäre die Erhaltung des Zollvereins mit sechsmonatlicher Ründigungsfrist; dann die Schiffahrt- und Verkehrsverhältnisse; Abtretung einzelner Telegraphen-Stationen, Auslieferung der auf die Burggrafen von Nürnberg bezüglichen Urkunden des Archivs in Bamberg. Ueber die Düsseldorf-Gemälde-

Galerie soll ein Schiedsgericht entscheiden.) § 14. auf den Blättern der Zukunft geschrieben steht. Wirklichen Frieden und unerschütterliche Sicherheit werden ihr nur finden, wenn ihr euch dieser Nothwendigkeit fügen lernt. Inmitten der Ereignisse, die sich vorbereiten, ist es besser, daß ihr mit einem großen Volke zusammen an der Spitze der Nationen einhergeht, als wie ein ruderloses Fahrzeug euch von einem gewaltigen Kriegsschiffe ins Schlepptau nehmen lasst. Die Zeit der kleinen Staaten ist vorbei, die der großen Länder ist gekommen!"

Die amtliche „Karlsruher Ztg.“ veröffentlicht nun den Text des Friedensvertrages zwischen Baden und Preußen. Derselbe ist dem mit Württemberg abgeschlossenen von uns gestern mitgetheilten Vertrage ähnlich — Artikel 5 bis 8 sind geradezu gleichlautend. Art. 1 setzt zwischen beiden Theilen Frieden und Freundschaft auf ewige Zeiten fest. Art. 2. Der Großherzog verpflichtet sich, an den König von Preußen sechs Millionen Gulden binnen zwei Monaten zu bezahlen. Durch Bezahlung dieser Summe entledigt sich der Großherzog der im Waffenstillstands-Vertrag vdo. Würzburg, 3. August 1866, übernommenen Entschädigungs-Verbindlichkeiten. Art. 9. Die Contrahenten werden vom 1. Jänner 1867 angefangen die Erhebung der Schiffsabgaben auf dem Rhein, und zwar sowohl der Schiffsgebühr — Tarif B. zur Uebereinkunft vom 31. März 1838 — als auch des Zolles von der Ladung — Zulageartikel XV und XVII zu der Uebereinkunft vom 31. März 1831 — völlig einstellen, sofern die übrigen deutschen Uferstaaten des Rheins gleichzeitig die gleiche Maßregel treffen. Art. 10 und 11 entsprechen dem Art. 9 und 10 des württembergischen Vertrages.

Ueber die Friedensverhandlung mit Sachsen vernimmt die „Kreuzztg.“, daß Preußen von demselben an Kriegskosten 20 Millionen Thaler verlangt und daß die besetzten Punkte Sachsens preussische Besatzung erhalten sollen. Zu diesen besetzten Punkten wird jetzt auch die Hauptstadt Dresden gezählt.

General Menabrea, schreibt die „N. fr. Pr.“, hatte gleich nach seiner Ankunft eine Conferenz mit dem Herzoge von Gramont. Man glaubt, daß die Friedensverhandlungen mit Italien eine etwas längere Frist in Anspruch nehmen dürften, da das Detail derselben, sowohl die Gränzfrage als die Auseinandersetzung wegen des österreichischen Eigenthums in den Festungen, seiner Natur nach sehr viel Zeit und Mühe in Anspruch nehmen wird. Sechs Wochen angestrengter Arbeit dürften kaum hinreichen, um diese Gegenstände vollends zu erledigen. Vorläufig handelt es sich übrigens noch gar nicht um diese Details, sondern um die definitive Feststellung der Friedenspräliminarien, auf Grund deren die eigentliche Friedensverhandlung geführt werden wird.

Aus Paris, 26. Aug., wird der „Presse“ geschrieben: In dem Befinden des Kaisers ist eine derartige Besserung eingetreten, daß die Abreise nach Biarritz schon in den nächsten Tagen stattfinden wird. Ob dieser Besserung ein nachhaltiger, definitiver Charakter beizumessen, können Sie aus meiner jüngsten Mittheilung über den Gegenstand entnehmen. — Es circulirt das Gerücht, Graf Bismarck werde die Gelegenheit benützen, um in Biarritz wieder einmal Seewasser-Schmolli zu trinken. Ich glaube jedoch umsoweniger daran, als der preussische Minister gegenwärtig mit dem Annectiren alle Hände voll zu thun hat und außerdem persönlich hier durchaus nicht mehr die persona grata von früher ist. In amtlichen Kreisen scheint man sich nicht, es auszusprechen, daß Bismarck in der Saar-Gelegenheit den Kaiser hintergangen habe. Auch gegen Benedetti, der dem geschickten Spieler nicht vorsichtig genug auf die Finger gesehen, ist man ziemlich erbittert, und dürfte derselbe nicht allzu lange auf eine Verzeihung warten, die kaum einer Beförderung ähneln wird.

Zu Berlin sind, wie erwähnt, die Herren Dagne und Barbier, Beide dem französischen Handelsministerium angehörend, eingetroffen. Ihre Ankunft soll wieder die Frage über den Verkauf der Saarkohlengruben auf die Tagesordnung gedrängt haben. Die Regierung braucht zwar augenblicklich kein Geld, aber man weiß, daß sie einen „kriegsbereiten Staatschatz“ wünscht, und deshalb, so meint man, ist sie vielleicht doch einem Arrangement nicht abgeneigt. Aber sie kann in diesem Augenblicke nicht abschließen, ohne den Kaufvertrag der Kammer vorzulegen, und diese wird ihre Genehmigung schwerlich geben. Andererseits wird glaubwürdiger mitgetheilt, daß diese Herren hier zwei Angelegenheiten zu betreiben hätten. Die eine betrifft allerdings die Saarkohlen, aber nicht den Verkauf der Gruben, sondern die Regelung einiger Punkte der Bedingungen, unter denen Preußen Saarkohlen nach Frankreich verkauft. Die zweite und wichtigste Angelegenheit ist die des Handelsvertrages zwischen Frankreich und dem Zollverein. Die Verkehrsbedingungen müssen wegen der neuen Verhältnisse in vielen Punkten neu geregelt werden und dürfte dies längere Zeit in Anspruch nehmen.

Aus Stockholm meldet das Kopenhagener Hauptorgan der skandinavischen Verbrüderungs-Idee, das Tageblatt „Fædrelandet“, die unterm 16. d. M. von Seiten des Stockholmer Cabinetes vollzogene Absendung einer die nord-schwedische Abstimmungsfrage betreffenden Note nach Berlin.

Der in London erscheinende französische „International“, dessen Druck r, wie man sagt, in den Tuilerien seine Rechnungen einreicht, plaidirt für die Annexion von Belgien an Frankreich. In seiner neuesten Nummer ruft er den Vätern und Wallonen zu: „Habt keine Furcht vor einer politischen Nothwendigkeit, die gebieterisch geworden ist und deutlich

Occupation den Gottesdienst auf das nöthigste zu beschränken, um Profanationen zu vermeiden. So wurde in der Regel die heil. Messe nur an Sonntagen gelesen, das Predigen und das Auspenden der heil. Sacramente aber unterlassen, weil Fälle vorkommen, daß in der Kirche eingedrungene Garibaldiner den Prediger auf der Kanzel mit den Worten: „Non è vero niente!“ — („Es ist Alles nicht wahr“) unterbrochen und sich mit ihm in Disputationen einlassen wollten, oder daß Garibaldiener sich dem Beichtstuhle näherten, und als der Priester zum Beichtören sich anschickte unter Gelächter davonliefen. In Locca (Val di Ledro) trieben sie es so weit, daß sie einem Christusbilde das rothe Hemd anzogen, eine Garibaldiener-Feldbinde umlegten und ein Paar Hörner aufsetzten! Von vielen Seiten hörte ich über die gränzenlose Glaubenslosigkeit der Garibaldiner und ihrer Officiere klagen. Sie erkundigten sich überall um die Anzahl der Priester und fanden dieselben in Tirol verhältnißmäßig viel zu groß; in Val di Ledro z. B. mit einer Bevölkerung von 3400 Seelen und circa 30 Priestern in 11 bis 12 Seelsorgestationen fanden sie, daß ein Pfarrer mit einem Cooperator mehr als hinreichend sei. Sie hatten es aber auch größtentheils auf die Priester abgesehen. Ich hatte bereits früher einmal der rohen Behandlung des Curaten von Darzo erwähnt, der mit flachen Säbelstieben regaliert worden war; ich kann heute beifügen, daß der Curat von Ledrone bei ihrem ersten Vorrücken gegen Darzo gezwungen worden war, an der Spitze ihrer Truppen zu marschiren und sich so unsern Augen auszusetzen. In Storo wurde der Curat Don Zadra und der Cooperator Don Gaspari verhaftet und nach Brescia geschleppt, weil sie sich weigerten, eine Ergebenheitsadresse an Victor Emanuel zu unterschreiben. Der Pfarrer in Pieve di Ledro wurde mit vorgehaltenem Revolver zur Unterschrift gezwungen u. dgl. Daß sie es bei Einquartierungen vorzüglich auf die Pfarrhöfe abgesehen hatten, ist selbstverständlich, ebenso daß sie den betreffenden Pfründenbesitzern, wie z. B. dem Curaten von Brione — sämtliche Vorräthe aufzuehnten, ohne auch nur einen Kreuzer zu bezahlen. Es gab aber auch wieder andererseits Priester, die sich ihrer vollen Gunst erfreuten, wie auch umgekehrt einer dieser Priester Don D. in C. das Volk zum Dank aufgefordert haben soll, daß es von der Fremdenherrschaft befreit worden.

Das Regierungsblatt von Sachsen-Meininger theilt unterm 24. d. mit, daß der Herzog zugleich mit dem Ausscheiden aus dem Bunde seine Bereitwilligkeit erklärt habe, dem norddeutschen Bündniß beizutreten; seither hätten darüber vertrauliche Besprechungen stattgefunden, nunmehr würden aber die officiellen Verhandlungen ihren Anfang nehmen.

Herr v. Baumbach, früher kurhessischer Minister der Auswärtigen, auch Gesandter am Bunde, in Berlin und Paris, hat sich, nachdem er vorher in Berlin mit Herrn v. Bismarck conferirt hatte, nach Stettin begeben, um den Kurfürsten zu bewegen, daß er die Beamten und Officiere des ihm geleisteten Eidesschwurs entbinde. Daß er ein günstiges Resultat erzielt hätte, ist bisher noch nicht bekannt geworden.

Die städtischen Behörden von Kassel haben eine Deputation an den König von Preußen entsandt, um demselben in Ansehung an die königliche Botschaft zu versichern, daß er sich in dem von ihm in die Bevölkerung der einzuverleibenden Staaten gesetzten Vertrauen betreffs der Stadt Kassel nicht täuschen werde und auf ein vertrauensvolles Gegenkommen ihrer Bevölkerung rechnen dürfe. Dabei sollten die berechtigten Interessen der Stadt nicht unerwähnt bleiben.

Vor etlichen Wochen wurde der Inhalt der Dankadresse mitgetheilt, welche von den Czechen in Berlin dem Könige nach der Rückkehr vom Kriegsschauplatz übergeben wurde. Seit der Zeit, schreibt man der „N. fr. Pr.“ aus Prag, scheint diesen czechischen Männern, die in Berlin einen Verein bilden, der Kamm gewachsen zu sein; sie geriren sich als Stimmführer der czechischen Nation und thun dies jenseits unserer Landesgränzen ganz ungehindert. Ihr neuestes Werk ist die Verbreitung einer czechischen Flugchrift, welche den Titel führt: „Thänen der Krone Böhmens, oder ein aufrichtiges Wort eines Alt-Böhmen an seine lieben Landsleute im Jahre der Noth 1866.“ Die Devise dieses Libells, welches unterm 26. d. M. Ende Juli 1866“ geschrieben ist, lautet: „Raffen wir uns auf!“ und sein Inhalt ist das Product der schändlichsten Hegelei gegen Oesterreich. In ihr wird die Aufforderung gestellt, wie in Ungarn auch in Böhmen die kaiserlichen Beamten ohne Erbarmen wegzuschicken. Die Schlusssätze der Schrift endlich ist die Aufforderung zum Abfall Böhmens von Oesterreich, zur Gründung eines selbstständigen Böhmens, dessen künftiger gewählter Regent aber vorderhand noch nicht angegeben ist. Diese Schrift wurde, wie erwähnt, merkwürdig und auffallend genug, zu Hunderten von Exemplaren unter die Arbeiter auf dem Belvedere u. s. w. vertheilt. Und diese Czechen geben vor, den österreichischen Patriotismus in Pacht genommen zu haben!

Ein Wiener Corr. der „Bohemia“ schreibt, daß sämtliche Armeecorps-Commandos bereits vor mehr als acht Tagen die umfassendsten Instruktionen erhielten, um im Momente des eintreffenden Befehls zur sofortigen Demobilisirung schreiben zu können. Nachdem der Friede definitiv zu Stande gekommen, ist kaum zu zweifeln, daß der Demobilisirungsbehehl noch vor dem 1. September erfolgen wird.

Laut einer Mittheilung des dalmatinischen General-Commandos dürfen in Folge der technisch-militärischen Schließung des Hafens von Vissa fortan nur solche Schiffe dort einfahren, die weniger als 10 Fuß tief gehen; Dampfer größeren Tiefganges aber haben ihren Weg längs einer eigens bezeichneten Linie zu nehmen.

Die „Gazzetta di Torino“ meldet, daß im letzten Feldzuge die Freischaren 3200 Tode und Verwundete und 1111 Gefangene gehabt haben.

Ein Trienter Correspondent des amtlichen „Tiroler Blattes“ berichtet nun über die Occupation Südtirols durch die Freischaren Garibaldi's Folgendes: Der Gesamteindruck ist der, daß die Bevölkerung mit ganz vereinzelten Ausnahmen mit den Garibaldinern durchaus nicht sympathisirt, und sich überall, wo sie mit denselben unaußweichlich in Berührung kommen mußte, sehr zurückhaltend und kalt benahm, sonst aber selbst jede Berührung ängstlich vermied. Die gemachten Requisitionen wurden nun mit Bohn, Privateinkäufe von den bessern Ständen angehörigen Garibaldinern in Gold, von den andern gar nicht oder mit italienischem Papiergeld bezahlt. Solche Privateinkäufe ohne zu zahlen, daher wohl richtiger Annexionen betitelt, werden vorzüglich den Neapolitanern zur Last gelegt, die überhaupt als der verkommenste Theil geschildert werden. Großen nachhaltigen Eindruck auf die hierländige religiöse Bevölkerung machte der Abgang jedes religiösen Gefühles, der in allen Theilen des garibaldinischen Heeres sich zeigte. Die Garibaldiner scheuten sich nicht im Geirungen, während der heißen Tagesstunden im vollen Adamskostüm herumzuspazieren und nicht etwa bloß im Lager, sondern auch durch die Straßen Convois zu machen. Auch machten sie sich einen Hauptpaß daraus, religiöse Gebräuche oder Gegenstände zu verhöhnen. Die Priester sahen sich genöthigt, während der

und richteten an den Sultan ein Gesuch um Aufhebung gewisser Steuern und um Verbesserungen im Zustande der Landstraßen, im Schul- und Hospitalwesen und in der Art der Wahl der Demagoronten, des Municipalmagistrats der Districte. Der Groß-Bezir sendete am 10. Juli an den General-Gouverneur Ismail Pascha die Antwort der Regierung, welche allerdings das Verfahren der Bewohner mißbilligte und zur sofortigen Auflösung der Versammlung der Delegirten aufforderte, falls diese Auflösung nicht durch Gewalt bewerkstelligt werden sollte, zugleich aber an die wohlwollenden Maßregeln erinnerte, deren Gegenstand Creta wiederholtemale gewesen sei, dabei aber die Steuern aufrecht hielt. Als der Pascha den Delegirten diese Beschlüsse mitgetheilt hatte, schickten die Mitglieder des Centralcomité's, welches am 20. Juli in Prosero zusammengetreten war, dem Großbezir eine Replik, in welcher sie dem Sultan ihre Treue bezeugten, sich aber darüber beklagten, daß ihre Beschwerden nicht abgeholfen wird, besonders was die Justizpflege, die Gleichheit der Culten, die Municipalwahlen und das Verbot des Gebrauchs der griechischen Sprache vor den Gerichten betrifft. — Zugleich Zeit, als das Comité diese Replik an den Großbezir dem Generalgouverneur überlieferte, der sich weigerte, sie anzunehmen, wendete es sich auch mit einer Proclamation an die Christen der Insel, sagte ihnen, die Pforte habe ihre Bündnisse zurückgewiesen und betrachte sie als Rebellen und forderte sie auf, nachdem man die Hilfe der Schugmächte angerufen und die auswärtigen Consuln in Kenntniß gesetzt habe, die Vertheidigung ihrer Interessen und Rechte selbst in die Hand zu nehmen. Die Pforte hatte außer ihren eigenen Truppen in Voraussicht von Anordnungen noch 5000 Mann ägyptische Truppen unter Saïm Pascha zur Verstärkung erhalten, die das Dorf Armenous unsern des Lagers der Christen besetzt halten. Die im Innern der Insel wohnhaften Türken begaben sich nach den Städten, wo Garnisonen sind, wie nach Canea, Retino und Candia. Die Griechen im Gegentheile concentrirten sich in den Gebirgen, deren Pässe sie kennen und die schwer einzunehmende Zufluchtsorte darbieten. Die Cretenser haben sich eine Fahne mit dem Bilde des Heilands gewählt und sind von einem kriegerischen Geiste befeelt.

† Krafau, 30. August.

Am 18. August wurde in Luchow das Geburtsfest unseres allergnädigsten Kaisers Franz Joseph mit großer Solennität begangen. Mit vielfachen Pöllerstößen wurde dieser Tag begrüßt. Um 9 Uhr früh wurde ein feierlicher Gottesdienst unter Assistenz von 5 Geistlichen und mehreren Alumnen abgehalten. Nach beendigtem Gottesdienste, bei welchem die sämtlichen k. k. Beamten, die k. k. Gendarmerie, die Finanzwache, das Lehrpersonal, der Stadt-Ausschuß, viel Landvolk und auch einige Repräsentanten des benachbarten Adels zugegen waren, wurde das Te Deum laudamus und die Volksymne abgesungen. Hierauf versammelten sich sämtliche Beamten und Honoratioren bei dem Bezirksvorsteher Herrn Wisocki und brachten ihre Wünsche für Se. Majestät den Kaiser dar. Abends fand eine Illumination statt.

Der Sitzung der Krafauer Handels- und Gewerbekammer vom 22. d. wohnten Herr Vinc. Kirchmayer als Präsident, die Herren Baranowski, Bartl, Glazewicz (aus Tarnow), Gumpłowicz, Jahn, Mendelsberg, Mendelsohn, Niklewicz, Rusinowski (aus Tarnow) als Mitglieder, die Herren Alexandrowicz, Baumgardten, Leon Feintuch, Jahn, Sawornicki, Stirlinski als Stellvertreter, Herr k. k. Statthalterreichs Dominicus Niesiolowski als Regierungskommissär, Herr Secretär Dr. Weigel als Berichterstatter bei. Nach Annahme des letzten Protocolls, Durchsicht der 441 neu eingekommenen Schriftstücke und Verlesung der ministeriellen Rundschreiben, Regierungsbenachrichtigungen, der neu protocollirten Firmen, Gerichts-Edicte über Vergleichsverfahren, Regestirung von Gewerbsmarken u. s. f. signirte der Präsident die Thätigkeit der Kammer im verfloffenen Biennium, hob die wichtigeren Angelegenheiten und ihre Tragweite für das Land hervor, wies auf die eifrigen Bemühungen der Kammer in Unterstützung der vielen volkswirtschaftlichen Interessen hin, erwähnte mit Anerkennung der erprießlichen Wirksamkeit des Secretariats, der mühsamen statistischen Zusammenstellungen, der schwierigen und oft weiltägigen Referate, des bei Einrichtung einer Handelskammer-Bibliothek erreichten Fortschrittes, der Verbreitung wissenschaftlicher Materialien für die künftige Gewerbs- und Handelschule, dankte der Kammer für ihre Unterstützung in dem verfloffenen Biennium, lud Hr. A. Gumpłowicz ein, den Vorsitz als Alterspräsident zu übernehmen und forderte die in ihrem neuen Bestand constituirte Kammer auf, sich wegen Neuwahl des Präsidenten und Vicepräsidenten zu verständigen. Wie wir bereits gemeldet, wurde zum Präsidenten wieder Hr. Kirchmayer (mit 15 Stimmen, die sechszehnte fiel auf A. Gumpłowicz), zum Vicepräsidenten Hr. Theod. Baranowski (mit 10 Stimmen; nach ihm hatte der bisherige Vicepräsident Hr. Ludw. Zieleniewski die meisten Stimmen, eine Hr. Ad. Alexandrowicz) gewählt. Nach Ansprache des Hrn. Gumpłowicz dankte Hr. Kirchmayer, wieder vom Präsidentenstuhl aus, für das erzeigte Vertrauen und versprach auch fernerhin, wie bisher durch acht Jahre, alles daran zu setzen, die wichtigen ihm anvertrauten Pflichten zu erfüllen und erwähnte der Verdienste des bisherigen Vicepräsidenten, die der Aufforderung gemäß die Mitglieder der Kammer durch Erhebung von den Sigen anerkannten. Auf gleiche Weise wurde das Krafau verlassende bisherige Mitglied H. Ed. Kutz geehrt und beschlossen, allen ausgelassen oder nicht mehr eintretenden Mitgliedern für ihre eifrige Frequenzirung der Sitzungen und Antheil an den Arbeiten zu danken. Nach Verlesung des vom Ministerium herabgelangten Rechnungsabschlusses für 1865 wurden in die Budget-Commission für 1867 die

Ueber die Mission der Kaiserin Charlotte von Mexico wird der „Spen. Ztg.“ aus Paris geschrieben: Ueber die von der Kaiserin Charlotte hier geführten Unterhandlungen wird noch gemeldet, die mexicanische Regierung habe einen Ausschub von sechs Monaten für das Verbleiben der französischen Truppen erbeten. Herr Rouher habe darauf erwidert, die kaiserliche Regierung sei durch Erklärungen gegenüber dem gesetzgebenden Körper wie dem Weißen Hause gebunden, bei der Landesvertretung einen etwaigen Ausschub zu vertheidigen, allein sie könnten unmöglich mit demselben Verlangen oder Eruchen an die Washingtoner Regierung sich wenden. Vermöge Mexico eine diesfällige Erklärung von Seiten des Präsidenten Johnson zu erwirken und in genügender Form beizubringen, ohne daß Frankreich irgendwelche Schritte dazu thue, so werde sich weiter über die Sache sprechen lassen. Der mexicanische Minister der auswärtigen Angelegenheiten habe sich darauf zu Herrn Bigelow begeben, diesem als Vertreter der Vereinigten Staaten sein Gesuch vorzutragen und um Uebermittlung, respective Befürwortung desselben bei dem Präsidenten Johnson gebeten. Herr Bigelow jedoch, obgleich er sich bereit erklärte, dem Wunsche in Bezug auf private Mittheilung des Gehörten zu genügen, versicherte, außer Stande zu sein, dem Minister irgend welche amtliche Eigenschaft zuzuerkennen, und ebenfalls nur privatim könne er ihm eröffnen, daß auch nicht die entfernteste Aussicht vorhanden sei, die Zustimmung des Congresses zur Hinausschiebung der von Frankreich und Nordamerika vereinbarten Frist zu erlangen.

Ueber den Stand der Angelegenheiten auf der Insel Candia wird der „Debatte“ gemeldet: Der Gouverneur von Candia, Ismael Pascha, hat an der Spitze von 20.000 Mann einen Streifzug durch die Insel unternommen und erwartet die dringend verlangten Verstärkungen. Die griechischen Schugmächte und wohl auch Oesterreich werden je ein Kriegsschiff nach dem Hafen von Canea senden. Inzwischen haben die Kretenser eine provisorische Regierung gebildet, welche die Losreibung von der Türkei und Ansehung an Griechenland unter der Lösung: Die Union oder den Tod! proclamirte. Die griechische Regierung indeß ertheilte dem türkischen Gesandten in Athen (Pheidiades) die Zusicherung, daß sie sich in dieser Sache neutral verhalten werde. Einstweilen ist aber doch nicht verhindert worden, daß in Athen ein Aufruhr verbreitet wurde, welcher die Hellenen im Allgemeinen und die Athener insbesondere dringend aufforderte, die auf griechischen Boden gestifteten oder noch flüchtenden kretensischen Brüder gastlich aufzunehmen und in jeder Weise zu unterstützen. Höchst wahrscheinlich hat bei dem Aufstande Katergis selbst Kretenser, seine Hand im Spiele.“ Bekanntlich wurde Katergis das Obercommando der Insurgenten angetragen, welches zu übernehmen aber der König ihm vorläufig, bis die Antwort der Schugmächte eingetroffen sei, nicht gestattet.

Dem „Moniteur“ gehen von der Insel Candia unterm 5. August über Syra Nachrichten zu, welche genauere Auskunft über die Ursachen der jetzt dort herrschenden Aufregung unter der griechischen Bevölkerung geben. Bekanntlich versammelten sich vor etwa vier Monaten die Griechen friedlich und ohne Waffen

N. 7626. Kundmachung. (877. 1)

Laut Eröffnung Seiner Excellenz des Hrn. Staats-Ministers vom 20. d. M. J. 4823/31. M. haben Se. k. k. Apostolische Majestät mit allerhöchster Entschliebung vom 12. August l. J. die Opferwilligkeit der Bevölkerung Galiziens für die verwundeten und kranken Soldaten der k. k. Armee wohlgefällig zur Kenntniss zu nehmen allergnädigst geruht.

Das Statthalterei-Präsidium beehrt sich den Inhalt dieser a. b. Entschliebung zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

Vom k. k. Statthalterei-Präsidium. Lemberg, 25. August 1866.

Ogłoszenie.

Wedle zawiadomienia Jego Ekscelecyi pana Ministra stanu z dnia 20 b. m. l. 4823/M. S. raczyła Jego cesarsko-królewska Apostolska Mość najwyższem postanowieniem z dnia 12 sierpnia r. b. gorliwość mieszkańców Galicyi w uiszczaniu ofiar dla rannych i chorych żołnierzy c. k. armii, przyjąć najlaskawiej do wiadomości.

Prezydium Namiestnictwa pospiesza to najwyższe postanowienie podać do wiadomości publicznej. Z Prezydium c. k. Namiestnictwa. Lwów, dnia 25 sierpnia 1866.

3. 22246. Kundmachung. (866. 1-3)

In den Gemeinden Horniemetz, Chyllitz, Slawkow, Gut, der Vorstadt U. Ostta (Bezirk U. Ostta), dann Strany und Niwnitz (Bezirk U. Brod) und in Radoschow ferner in Kunowitz (Bezirk Hradisch) ist die Kinderpest zum Ausbruch gekommen.

Diese Mittheilung der k. k. Statthalterei für Mähren vom 16. d. M. wird zur allgemeinen Kenntniss gebracht. Von der k. k. Statthalterei-Commission. Krakau, den 25. August 1866.

Obwieszczenie.

Według nadesłanego zawiadomienia c. k. Namiestnictwa z Morawy z dnia 16 t. m. wybuchła w gminach, a mianowicie: Horniemetz, Chyllitz, Slawków, Hluk w powiecie U. Ostra, także Strany i Niwnitz (w powiecie U. Brod), i Radoschow tudzież Kunowitz (w powiecie Hradisch) zaraza na bydło.

Co do powszechnej wiadomości podaje się. Z c. k. Komisji namiestniczej. Kraków, 25 sierpnia 1866.

3. 2366. Kundmachung. (859. 3)

Am 5. September 1866 werden beauftragt der an Unternehmer zu überlassenden Beistellung des Deckstoffs und Ausführung der Conservations-Baulichkeiten auf den Landesstraßen in dem Krakauer Kreise für das Jahr 1866 nachstehende Sicherstellungs-Verhandlungen mittelst einzubringender schriftlicher Offerten stattfinden:

- I. Beim k. k. Kreisportier in Krakau: a) wegen Beistellung von 380 Deckstoffhaufen auf die Lubliner Landesstraße mit dem Ausrufspreise von 591 fl. 23 1/2 fr. b) wegen Beistellung von 300 Deckstoffhaufen auf die Baraner Landesstraße mit dem Ausrufspreise von 695 fl. 27 fr. c) wegen Ausführung der Conservations-Baulichkeiten auf der Baraner Landesstraße mit dem Ausrufspreise von 146 fl. 37 1/2 fr.

- II. Beim k. k. Bezirksamte in Litzki: a) wegen Beistellung von 569 Deckstoffhaufen in die 1. 2. 3. Meile der preuss. schlej. Landesstraße mit dem Ausrufspreise von 1425 fl. 46 fr. c) wegen Ausführung der Conservations-Baulichkeiten auf derselben Landesstraße mit dem Ausrufspreise von 106 fl. 19 1/2 fr.

- III. Beim k. k. Bezirksamte Chrzanow: f) wegen Beistellung von 594 Deckstoffhaufen in die 4. 5. 6. 7. und 1/4 der 8. Meile der preussisch-schlej. Landesstraße mit dem Ausrufspreise von 1917 fl. 50 1/2 fr.

Die Sicherstellung der Deckstoffs-Beistellung wird abgefordert von jener der Conservations-Baulichkeiten vorgenommen werden.

Die Angebote auf die Deckstofflieferung können sich entweder auf die obenangeführten ganzen Straßenstrecken, oder aber auf deren kleinere Partien ausdehnen, dieselben müssen jedoch alle jene Meilenviertel umfassen, welche aus irgend einem und demselben Steinbruch mit Deckstoff zu versehen sind. Den Concret-Anboten wird vor den Einzelanboten, wenn sie einander gleich sind, der Vorzug gegeben werden.

Die Conservations-Baulichkeiten werden dagegen in den obigen Abtheilungen im Ganzen ausgeführt werden.

Die einzubringenden Offerten müssen in einem geeigneten Umschlage mit der Aufschrift: "Offerte zur Sicherstellungs-Verhandlung am 5. September 1866" der Licitations-Commission an diesem Termine längstens bis 12 Uhr Mittags übergeben werden, selbe müssen mit dem vorgeschriebenen Stempel versehen sein und genau auf das Object lauten, der Anbot muß darin mit Buchstaben und Ziffern ausgedrückt, der Vor- und Zunahme des Differentials und dessen Wohnort genau angegeben, so wie auch die Erklärung beigefügt sein, daß der Offerent von den Bedingungen der Lieferung genaue Kenntniss hat. Auch muß derselben das 10% Vadium von dem Anbote beigelegt werden. Von dem Erlage des Vadiums sind nur Gemeinden befreit, welche in Solidum als Unternehmer auftreten. Die Bevollmächtigten dieser Gemeinden müssen in diesem Falle mit rechtskräftigen von zwei Dritteln der Gemeindeglieder gefertigten und gehörig legalisirten Vollmachten versehen sein. Unvollständig ausgefertigte oder nach dem festgesetzten Termine überreichte Offerten werden nicht berücksichtigt werden.

Die weiteren Bedingungen so wie auch die Kostenüberschläge werden jederzeit bei dem k. k. Kreis-Ingenieur in Krakau und an dem Tage der Behandlung in den betreffenden Commissionen einzusehen sein.

Vom k. k. Kreisvorstande. Krakau, den 20. August 1866.

Obwieszczenie.

Celem wypuszczenia w przedsiębiorstwo dostawy szutru, jakoteż robót konserwacyjnych na drogach krajowych w okregu Krakowskim na rok 1866 odbęda się na dniu 5 wrzesnia b. r. następujace publiczne licytacye, za pomocą złożenia pisemnych deklaracyj, a mianowicie:

- I. Wbiórach c. k. Naczelnika obwodu w Krakowie: a) licytacya na dostawę 380 kupek szutru na drogę krajową Lublińską z ceną wywołania 591 złr. 23 1/2 kr. b) na dostawę 300 kupek szutru na drogę krajową do Barana prowadzącą z ceną wywołania 695 złr. 27 kr. c) na roboty konserwacyjne drogi krajowej do Barana prowadzącej z ceną wywołania 146 złr. 37 1/2 kr. II. W c. k. Urzędzie powiatowym Litzki: d) licytacya na dostawę 569 kupek szutru w 1, 2 i 3 mili drogi krajowej prusko-szląskiej z ceną wywołania 1425 złr. 46 kr. e) na roboty konserwacyjne teje samej drogi z ceną wywołania 106 złr. 19 1/2 kr.

- III. W c. k. Urzędzie powiatowym Chrzanów: f) licytacya na dostawę 594 kupek szutru w 4, 5, 6, 7 i 4 1/4 wiertel 8ej mili drogi krajowej prusko-szląskiej z ceną wywołania 1917 złr. 50 1/2 kr. Licytacya na dostawę szutru odbywać się będzie oddzielnie od licytacyi na budowlę konserwacyjne.

Oferty na dostawę szutru zawierac mogą albo deklaracye na jednę z calej powyzej wyszczególnionych dróg, lub też na pojedyncze jej czesci, obejmujace jednak zawsze taką przestrzeń drogi, która z jednego kamieniołomu zaopatrywana bywa.

Deklaracye na dostawę szutru dla calej drogi będą miały pierwszeństwo od deklaracyj na czesciową dostawę, w razie, jezeli żądane ceny wynagrodzenia będą sobie równe.

Roboty konserwacyjne wypuszczone zostaną w przedsiębiorstwo tylko w całosci w oddziałach powyzej wyszczególnionych.

Oferty należycie opieczętowane z napisem: "oferta do licytacyi na dniu 5 wrzesnia 1866" w tymże dniu najdalej do godziny 12 z południa przyjmowane będą. Takowe zawierac mają dokładnie przedmiot deklaracyi, żądane wynagrodzenie tak dosłownie jakoteż cyfrą wyrażone, następnie imię i nazwisko oferenta z miejscem jego zamieszkania i z nadmienieniem, iż temuż wszelkie warunki licytacyi dokładnie są znane. Każda oferta zaopatrzona być winna przepisana marką siewną i zawierac musi wadyum 10% od sumy deklarowanej.

Od złożenia wadyum uwolnione są tylko gminy wstepujace jako takie in Solidum w przedsiębiorstwo. Reprezentanci tychże gmin wykazac się mają w tym razie prawomocnem od 1/3 członków gminy podpisanem i legalizowanem pełnomocnictwem. Niedokładnie wystosowane, lub też po uplywie przeznaczonego terminu złożone oferty uwzględnionem nie będą.

Blizsze warunki licytacyi, jakoteż dotyczace kosztorysy mogą być przejrane kazdego czasu w biurze c. k. Inzyniera obwodowego, zaś na dniu licytacyi na miejscach komisji powyzej wyszczególnionych. C. k. Naczelnik obwodowy. Kraków, dnia 20 sierpnia 1866.

3. 804. Kundmachung. (857. 3)

Von Seite des k. k. Zeug- und Artillerie-Commandos Nr. 6 in Krakau wird hiermit bekannt gemacht, daß wegen Beschaffung der für das benannte Commando auf den Zeitraum vom 1. Jänner bis Ende December 1867 nöthige Zeugsorten, als: Fuhrwerksbestandtheile, Pferdebeschirung, Pferde- und Requiriten, Schanz- und Batterie-Zeug, Eisen- und Metallsorten, Holz, Leder, Leinen, und Wollsorten, Seilerartikel, Farben und Pigmente, verschiedene Materialien, Werkzeuge, Utensilien und Geräte, dann Gärtner- und

Zeilhanerarbeit etc. am 19. September 1866 eine Offerts-Verhandlung stattfinden wird.

Die zur Verhandlung gelangenden Artikel, sowie die Bedingungen zur Einlieferung, können aus den in loco Krakau und Podgórze der öffentlichen Verlautbarung ausgesetzten Offerts-Verhandlungs-Ankündigungen ersehen werden.

Auch können dieselben sowie die Muster der zur Verhandlung gelangenden Artikel im hiesigen Zeug- und Artillerie-Gebäude Nr. 41 in Podgórze zur Einsicht genommen werden.

Die schriftlichen Offerte müssen mit einem 50 kr. Stempel versehen sein, und die Erklärung der zu liefernden Artikel sammt den in Buchstaben beigelegten Preisen genau enthalten, und bis längstens Früh 9 Uhr desjenigen Tages, an welchem die Verhandlung stattfindet, in der hiesigen Zeugkanzlei eingelaufen sein, da alle später eingebrachten unbeachtet bleiben.

Auch müssen die Offerte mit der vorgeschriebenen Caution, welche in 10 Procenten von der Gesamtbeköstigung der offerirten Artikel zu bestehen hat, belegt, mit dem Vor- und Zunamen des Offerenten unterfertigt, und nebst Angabe des Charakters und Wohnortes auch gehörig gesiegelt sein.

Vom k. k. Zeug- und Artillerie-Commando Nr. 6. Krakau am 28. August 1866.

Nr. 57. Kundmachung. (864. 2-3)

Die sämtlichen Gläubiger der, im Grunde Beschlusses des k. k. Landesgerichtes in Krakau vom 2. Juli 1866 Z. 12619 im Vergleichsverfahren stehenden Firma Zeno Piechowicz in Biala werden hiermit aufgefordert, ihre, aus was immer für einem Rechtsgrunde herrührenden Forderungen, insoferne sie es noch nicht gethan haben, bei dem gefertigten k. k. Notar als Gerichtscommissär bis einschließ- lich 28. September l. J. so gewiß schriftlich anzumelden, witzigens sie, im Falle ein Ausgleich zu Stande kommen sollte, von der Befriedigung aus allem der Ausgleichsverhandlung unterliegenden Vermögen, insoferne ihre Forderungen nicht mit einem Pfandrechte bedeckt sind, ausgeschlossen werden und den in den §§. 35, 36, 38 und 39 des Gesetzes vom 17. December 1862, Reichsgesetzblatt Nr. 97 bezeichneten Folgen unterliegen würden. Biala, am 24. August 1866.

Der k. k. Notar als Gerichtscommissär Teofil Ritter v. Chwalibóg.

L. 5120. Edykt. (867. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy w Rzeszowie niniejszym edyktem niewiadomych z miejsca pobytu Franciszka i Julia Wiktor zawiadamia, iż celem doreczenia im nakazu płatniczego pod dniem 2 sierpnia 1866 l. 4924 względnie zapłacenia Małce Wahl należytości wekslowej w kwocie 510 złr. a. w. z przyn. wydanego, kuratora w osobie tutejszego adwokata Dra p. Zbyszewskiego z zastępstwem adw. Dra p. Rybickiego ustanowił.

Jest przeto rzeczą pp. Franciszka i Julii Wiktorów, potrzebnych do obrony świadków ustanowionemu kuratorowi lub innemu przez siebie obranemu obrońcy tem pewniej udzielić, ile że w razie przeciwnym wynikię z zaniebdania skutki sami sobie przypisacby musieli. Rzeszów, dnia 9 sierpnia 1866.

Anzeigebblatt.

k. k. priv. österr. Pfandleih-Gesellschaft. Kundmachung. (860. 3)

Von der Pfandleih-Anstalt der Filiale Krakau wird hiermit bekannt gegeben, daß gemäß § 23 ihrer Geschäfts-Ordnung die bei ihr bis 15. August 1866 verfallenen Pfänder, u. z.:

- W a a r e n, d. i. Tuch- und Seidenstoffe, Leinwand, Rauchwaare, Strohmesser, Revolver etc. etc.

am 3. September l. J. Vormittags 9 Uhr im Wege der öffentlichen Versteigerung am Ringplatze Nr. 34 Gm. IV. an den Meistbietenden gegen folgende baare Bezahlung werden hintangegeben werden.

Der Vorstand: Koritschoner mp.

Advertisement for 'Gegen Cholera!' featuring 'Phenylsaurer Kalk' and 'Desinfections-Mittel' by Dr. Pettenkofer and V. Kletzinsky. It includes a list of agents in various cities and a detailed description of the product's effectiveness against cholera.

Meteorologische Beobachtungen. Table with columns for Barometer, Relative Humidity, Wind direction and force, and other meteorological data for various locations.

Getreide-Preise auf dem letzten öffentlichen Wochenmarkte in Krakau, in zwei Gattungen classificiert.

Table of grain prices in Krakau, listing various types of wheat, rye, and other grains with their respective prices in different currencies.

Vom Magistrat der Hauptstadt Krakau am 28. Aug. 1866. Deleg. Bürger Magistrats-Rath für Markt-Commissär Jawornicki. Wislocki. Bukowski.

Wiener Börse-Bericht vom 28. August.

Financial report from the Vienna Stock Exchange, detailing public debt, interest rates, and various stock prices.